



# STUTTGARTER NACHRICHTEN



Nummer 102 · 18. Woche · 73. Jahrgang · 5

Freitag, 4. Mai 2018

www.stuttgarter-nachrichten.de · € 2,10 · E 4063

## Wissenswert

**Feiern, grillen, Sichtschutz: was Mieter auf Balkonien dürfen – und was nicht**

► Seite 32

## Stuttgart und Region

**Ein historisch anmutendes Volksfest auf dem Schlossplatz – so feiert Stuttgart 200 Jahre Wasen**

► Seite 17

## Sport



Foto: Ruell, sester/88/Adobe Stock

**Junge Profis: mit wem der VfB seine Abwehr verstärken will**

► Seite 25

## Stuttgart und Region

**Hilfe, Bürokratie! Auflagen über Auflagen – Festefeiern schwer gemacht**

► Seite 19

## KINDER-NACHRICHTEN

**Warum regelmäßiges Händewaschen so wichtig ist**

► Seite 22

## Inhalt

Politik	2 – 4
Landesnachrichten	5 – 6
Panorama	7 – 8
Fernsehprogramm	8
Wirtschaft	9 – 12
Familienseite	14
Kultur	14 – 16
Stuttgart und Region	17 – 21/24
Notdienste	22
Veranstaltungen	22 – 23
Impressum	23
Sport	25 – 30
Gewinnquoten	26
Wissenswert	32

## Wetter



Mittags 22°  
Nachts 9°

Teils viel Sonne, teils aber auch noch bewölkt  
► Seite 20

## Kontakt

Redaktion: 07 11 / 72 05 - 0  
Leserservice (Abo): 07 11 / 72 05 - 61 61



# Razzia in Flüchtlingsheim – Druck auf Strobl wächst

AfD fordert Sondersitzung des Innenausschusses – Polizei nimmt Togolese in Ellwangen fest

Abschiebungen sind eigentlich Routine für Polizisten. In Ellwangen kommt es zur Revolte. Die Polizei reagiert mit einer Razzia. Rechtsfreie Räume würden nicht geduldet, beteuert die Politik.

VON NILS MAYER

ELLWANGEN/STUTTGART. Nach einer gewaltsam verhinderten Abschiebung hat die Polizei den gesuchten abgelehnten Asylbewerber bei einer Razzia am Donnerstag in der sogenannten Landeserstaufnahmeeinrichtung (Lea) in Ellwangen festgenommen. Inzwischen befindet er sich in Abschiebehaf. Hunderte Beamte durchsuchten in einem mehrstündigen Einsatz die Unterkunft und überprüften Personen. Mindestens 150 Flüchtlinge hatten dort in der Nacht zu Montag die Abschiebung eines Bewohners gewaltsam verhindert, die Polizei brach den Einsatz ab. Nun wurde der 23-jährige Togolese gefasst. Er soll nach Italien zurückgebracht werden, wo er erstmals in der EU aufgegriffen wurde.

Weil weder die zuständige Polizei Aalen noch das Innenministerium über die gescheiterte Abschiebung zeitnah informiert hatten, wächst der Druck auf Innenminister Thomas Strobl (CDU). Der baden-württembergische Innenausschuss soll sich nach dem Willen der Alternative für Deutschland (AfD) in einer öffentlichen Sondersitzung damit befassen. „Der Innenminister beteuert, keine rechtsfreien Räume zu dulden. Was davon zu halten ist, wurde in Ellwangen eindrucksvoll vorgeführt, wo dem Staat sein Gewaltmonopol aus der Hand genommen wurde“, sagte ihr innenpolitischer Sprecher Lars Patrick Berg. Die Polizei erhielt für ihr Vorgehen breite Rückendeckung aus der Politik. Kritik an dem Polizeieinsatz äußerten Aktivisten der Flüchtlingshilfe.

► **Kommentar**  
► **Seiten 2 und 3**

Ein Asylbewerber wird in Ellwangen gefesselt abgeführt. Foto: Getty/Niedermüller



# Heil: Rentenreform kommt noch vor der nächsten Wahl

BERLIN (rtr). Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung soll nach dem Willen von Arbeitsminister Hubertus Heil vor der nächsten Bundestagswahl beginnen. „Wo immer es möglich ist, will ich meinen Beitrag dazu leisten, dass wir die Weichen noch in dieser Legislaturperiode stellen“, sagte der SPD-Politiker bei der Vorstellung einer zehnköpfigen Expertenkommission, die im März 2020 ihre Ergebnisse für eine dauerhafte Sicherung der Altersvorsorge ab 2025 vorstellen soll. Die gesetzliche Rentenversicherung werde das starke Fundament der Alterssicherung bleiben, sagte Heil. Es gehe darum, einen Ausgleich zwischen der Alterssicherung und der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zu finden.  
► **Leitartikel Seite 4**

# Bombendrohung im Breuningerland

Spürhunde finden im Einkaufszentrum keinen Sprengstoff

VON REBECCA BAUMANN UND GÜNTER SCHEINPFLUG

SINDELFINGEN. Nach einer Bombendrohung mussten in Sindelfingen mehr als 2000 Menschen das Einkaufszentrum Breuningerland verlassen. „Die Drohung kam telefonisch direkt beim Center an“, sagte ein Polizeisprecher am Donnerstag. Die Beamten rückten am Nachmittag mit mehr als 40 Einsatzkräften und speziellen Spürhunden an und begannen, das Gebäude mit mehr als 120 Geschäften zu durchkämmen. Auch die Feuerwehr und der Rettungsdienst waren vor Ort. Bis 16.15 Uhr hatten alle Menschen das Gebäude und ein angrenzendes Schnellrestaurant verlassen.  
► **Seite 17**

## Kommentar

# Abschieben!

Flüchtlingspolitik nach Ellwangen: Markige Sprüche sind zu wenig

VON RAINER WEHAUS

Abschieben! Alle abschieben! Nach der Attacke afrikanischer Migranten auf Polizisten in Ellwangen klopfen vor allem Politiker von CDU und CSU wieder markige Sprüche. Doch die Probleme, die durch die unkontrollierte Zuwanderung entstehen, lassen sich nicht durch ein paar Tausend Abschiebungen im Jahr lösen, sondern einzig und allein dadurch, dass man die unkontrollierte Zuwanderung endlich stoppt. Bisher hat Deutschland diese unschöne Arbeit den Nachbarländern und der Türkei überlassen. Man schafft es noch nicht einmal, von Geld- zu Sachleistungen für Flüchtlinge zurückzukehren. Das hat die SPD verhindert.

Die AfD darf sich die Hände reiben. Denn die notwendige Konsequenz legt der deutsche Staat immer erst dann an den Tag, wenn der ganze Irrsinn seiner Flüchtlingspolitik für alle offenbar geworden ist. Wie jetzt in Ellwangen, wo 150 Flüchtlinge in der Nacht zum Montag mit Gewalt eine Abschiebung verhinderten. Hunderte Polizisten durchkämmten daraufhin am Donnerstag die Unterkünfte – ein Einsatz, der nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass die Polizei keine gute Figur abgab. Warum wurde der Vorfall tagelang verschwiegen? Warum gab es die Razzia erst am Donnerstag? Und warum äußerte sich der Vizepräsident des zuständigen Polizeipräsidiums Aalen, Bernhard Weber, in einer ersten Stellungnahme derart einfühlend über die Angreifer?

„Wir gehen davon aus“, ließ sich Weber am Mittwoch zitieren, „dass sich auch unser Gegenüber in einem äußerst angespannten Zustand befand und sich diese Menschen in dieser Gruppendynamik möglicherweise zu einem Handeln hätten hinreißen lassen, dass sie bei nüchterner Überlegung vielleicht nicht getan hätten.“ Wie bitte? Wer nicht einmal in einer derart eindeutigen Situation die Probleme beim Namen nennt, erweist den wirklich Schutzbedürftigen einen Bärendienst – und sorgt dafür, dass das Asylrecht immer mehr infrage gestellt wird.

rainer.wehaus@stuttgarter-nachrichten.de

# Zeig's mir, honey!

Im Namen des Bienenvolkes wird der Bayerische Verwaltungsgerichtshof an diesem Freitag ein wichtiges Urteil verkünden. Es geht um die Frage, ob auch auf Honig-Döschchen, wie man sie im Hotel beim Frühstück findet, Verbraucherinformationen draufgeschrieben werden müssen. Ein Münchner Honig-Abfüller hält das für nicht machbar, die Stadt München hingegen pocht auf das Einhalten der Honig-Verordnung. Beobachter gehen davon aus, dass der jahrelange Rechtsstreit zugunsten der Stadt ausgeht, die Firma also zumindest draufschreiben muss, woher der Honig stammt. In der Praxis aber könnten sich am Ende auch all jene bestätigt sehen, die schon immer gesagt haben, dass Verbraucherschutz klein geschrieben wird. (rai)

# Nach Durchsuchung: Porsche bremst Ermittler

Justiz erhält vorerst keinen Einblick in Unterlagen – Autobauer drängt auf gemeinsame Sichtung mit der Staatsanwaltschaft

VON KLAUS KÖSTER

STUTTGART. Die Unterlagen, die rund 190 Ermittlungsbeamte vor zwei Wochen bei Porsche sichergestellt haben, bleiben bis auf weiteres unter Verschluss. Der Stuttgarter Autohersteller wird nach Informationen unserer Zeitung seinen Widerspruch gegen eine erste Sichtung des umfangreichen Materials nun doch in vollem Umfang aufrecht erhalten. Nach der Razzia hatte Porsche angekündigt, den Widerspruch einzuschränken,

sodass die Staatsanwaltschaft bereits einen Teil der Unterlagen auf mögliches Beweismaterial hin hätte sichten können. Nach der Porsche-Entscheidung haben die Ermittler vorerst keinen Zugang zu dem Material. Kurz nach der Razzia hatte Porsche erklärt, der vollumfängliche Widerspruch solle verhindern, dass die Ermittler geschützte Anwaltspost oder Material sichten, das nichts mit den Diesel-Vorwürfen zu tun habe. Angesichts der Fülle des Materials benötigte man aber Zeit und werde den Widerspruch

später einschränken. Nun hat Porsche der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, den Widerspruch nicht einzuschränken. Ein Firmensprecher sagte unserer Zeitung, man habe der Staatsanwaltschaft bereits mitgeteilt, welche Unterlagen die Ermittler aus Sicht des Unternehmens nicht auswerten dürfen. Möglicherweise gebe es aber weiteres Material, dessen Sichtung Porsche für unzulässig hält. Nun drängt Porsche darauf, die Unterlagen gemeinsam mit den Ermittlern zu durchzusehen.  
► **Seite 17**

Wie zäh der Rechtsweg nach einer Razzia sein kann, zeigte sich vor einem Jahr bei Daimler. Nach der Durchsuchung wehrte sich der Konzern gegen eine erste Sichtung des Materials. Nach zehntonatigem Rechtsstreit durch zwei Instanzen setzten sich die Ermittler durch und konnten damit beginnen, die Unterlagen auf mögliche Beweismittel hin zu sichten. Wollen sie die herausgefilterten Unterlagen dann auswerten, könnte Daimler erneut gerichtlich dagegen vorgehen – durch zwei Instanzen.